

Angenommener Antrag 432 des EVG-Gewerkschaftstags 2017

Daseinsvorsorge ausbauen, um eigenständiges und selbstbestimmtes Leben auch im Alter zu ermöglichen

Ältere Menschen prägen unsere Gesellschaft mehr und mehr. Derzeit gehört mehr als jede vierte Person in unserem Land der Generation 60plus an. Tendenz steigend. Die geburtenstarken Jahrgänge der „Baby-Boomer“ der 1960er Jahre erreichen bald das Rentenalter. Bereits im Jahr 2050 wird der Anteil der über 60-jährigen bei ca. 40 Prozent liegen. Bereits zur Bundestagswahl 2017 stellt die Generation 60plus die größte Wählergruppe.

Die EVG tritt dafür ein, dass die Menschen ein erfülltes Leben bis ins hohe Alter führen können. Grundsatz unserer Seniorenpolitik ist es, älteren Menschen ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und soziale Teilhabe zu fördern und zu sichern. Aus unserer Sicht sind Gesundheit und eine gerechte soziale Sicherung die bestimmenden Faktoren der Lebensqualität im Alter.

Deutschland ist derzeit nicht auf den drastischen Anstieg Älterer vorbereitet. Noch fehlen weitestgehend die Rahmenbedingungen.

Die EVG fordert daher ein Daseinsvorsorgeprogramm von Bund und Ländern.

Dieses muss aus unserer Sicht folgende Punkte umfassen:

- Eine Demografieforschung, die u.a. zukünftige Entwicklungen und die daraus entstehenden Bedarfe erkennt und folgerichtig alle notwendigen Maßnahmen zur Daseinsvorsorge entwickelt und umsetzt.
- Eine gerechte Vorsorgepolitik, die vor Altersarmut schützt.

- Eine vorsorgende und gerechte Gesundheitspolitik, die Jedermann an den Errungenschaften von Forschung und moderner Medizin zu bezahlbaren Beiträgen teilhaben lässt. Die ein engmaschiges Versorgungsnetz spannt und damit Jedermann bestmöglich versorgt werden kann. Eine Fortentwicklung der digitalen Gesundheitsversorgung kann zu einer Verbesserung der Versorgung beitragen.
- Eine humane Pflegepolitik, die eine qualitativ hochwertige Pflege sicherstellt und den Menschen so lange wie möglich ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu bezahlbaren Beiträgen ermöglicht.
- Schaffung von noch besseren Rahmenbedingungen durch die Politik zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.
- Einer besseren Vernetzung von Altenhilfe, Pflege und Gesundheitsförderung.
- Eine humane, an den Bedürfnissen und Bedarfen ausgerichtete Palliativ- und Hospizversorgung.
- Eine Politik, die die Mobilität älterer Menschen nicht einschränkt, sondern fördert.
- Eine neue Politik der Barrierefreiheit definiert und dadurch größtmögliche Teilhabe am sozialen Leben sichert. Unternehmen und öffentliche Einrichtungen müssen neben digitalen auch analoge Angebote zur Verfügung stellen.
- Eine mitbestimmende Seniorenpolitik, die vor den gewählten Parlamenten Gehör und Berücksichtigung findet.
- Eine Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.
- Eine vorsorgende Wohnungspolitik, die Wohnen zu bezahlbaren Mieten ermöglicht, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichert, die ein Leben in den „eigenen vier Wänden“ auch unter den Bedingungen hoher Morbidität zulässt.
- Maßnahmen, die ältere Menschen umfassend vor Gewalt schützen.